

Bevölkerungsschutz - Standortbestimmung und Aussichten

Referat von Bundesrat Samuel Schmid

anlässlich des

Kaderseminars des Schweizerischen Zivilschutzverbandes SZSV

Ausbildungszentrum Schwarzenburg, 28. April 2008

Sehr geehrter Herr Nationalrat, sehr geehrte Damen und Herren

Vor ziemlich genau fünf Jahren, am 18. Mai 2003, gab das Schweizer Volk mit einem Anteil von über 80% - Ja-Stimmen dem neuen Bundesgesetz über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz BZG seine Zustimmung.

Die Gestaltung und Umsetzung des Bevölkerungsschutzes als ziviles Verbundsystem für die Katastrophen- und Nothilfe war und ist keine Revolution, sondern eine Reform. In der Gesamtbetrachtung bin ich durchaus zufrieden mit dem, was wir in diesen fünf Jahren erreicht haben.

Speziell die Unwetterkatastrophen und die Hochwasser der Sommer 2005 und 2007 haben mir gezeigt, dass unser Land in Notlagen auf einen gut funktionierenden Bevölkerungsschutz zählen kann! Gerade in diesen Fällen funktionierte auch die Zusammenarbeit mit der Armee ausgezeichnet, was mir als VBS-Vorsteher - auch im Sinne der Nachhaltigkeit der Unterstützung - besonders wichtig ist.

Im Rückblick darf ich feststellen, dass die Kantone ihre gestiegene Verantwortung im Bevölkerungsschutz weitgehend wahrgenommen und ihre eigenen gesetzlichen Grundlagen angepasst haben.

Die Regionalisierung - insbesondere des Zivilschutzes - wurde umgesetzt. Im Bereich der Finanzierung konnte das Prinzip der Zuständigkeitsfinanzierung mehrheitlich etabliert werden.

Defizite sehe ich heute weniger im Bevölkerungsschutz als vielmehr im gesamten Sicherheitsverbund unseres Landes, so etwa in der Fähigkeit, zeitgerecht alle Elemente zu aktivieren und wirksam werden lassen zu können.

Ein Nachteil des Systems Bevölkerungsschutz dürfte sein, dass seine breite Abstützung und die klare Zuordnung der Verantwortlichkeiten gegen Aussen nicht immer deutlich genug zum Ausdruck kommen. Sei dies, weil es manchmal an der nötigen föderalistischen Solidarität fehlt; sei dies, weil der Auftritt nicht immer einheitlich transparent erfolgt, sei dies, weil sich der Bevölkerungsschutz zu wenig gut "verkauft".

Zum ersten Punkt: Föderalismus bedeutet in der Praxis das Zusammenwirken von verschiedenen Partnern auf verschiedenen Ebenen, eine abgestufte Verantwortung und stufengerechte Kooperation. Die Kantone haben die Verpflichtung, die erforderlichen Mittel für die Bewältigung von Katastrophen und Notlagen auf ihrem Gebiet sicherzustellen. Der Bund hat ganzheitlich zu koordinieren, auszubilden und nötigenfalls Leistungen und Unterstützung anzubieten.

Es ist nicht einfach, viele verschiedene und weitgehend eigenverantwortlich handelnde Partner als

Ansprechstellen zu koordinieren. So sind das Engagement und die Zivilschutz-Modelle in den Kantonen teils sehr unterschiedlich. Zudem haben Bund und Kantone nach wie vor mit finanziellen Einschränkungen zu kämpfen, die uns zu Effizienz und zur Setzung von Prioritäten zwingen. Dennoch dürfen allfällige Reduktionen in einzelnen Kantonen nicht auf Kosten der Anderen gehen: Lücken, vor allem beim Zivilschutz, könnten nur allzu rasch das Funktionieren des Gesamtsystems in Frage stellen. Der Föderalismus hat kurze Beine, wenn er nicht von Solidarität begleitet wird!

Wichtige Anliegen sind mir auch die Akzeptanz und die Wahrnehmung des Bevölkerungsschutzes. Eigentlich ist dieser ein allseits anerkanntes und wichtiges sicherheitspolitisches Instrument. Er schafft durch seine Verwurzelung und Verankerung in der Bevölkerung Vertrauen. Er bindet diese unmittelbar ein – was einen unabdingbaren Faktor für die Bewältigung einer Krisenlage darstellt.

Trotzdem stelle ich immer wieder fest: Der Bevölkerungsschutz als Thema und System wird zu wenig wahrgenommen. Es ist bemerkenswert: im Ausland ist das Interesse an unserem Bevölkerungsschutz-Modell gross, oft werden wir um unser System benüchelt. Immer wieder mache ich diese Erfahrung bei meinen Kontakten mit ausländischen Partnern. Hierzulande dagegen wird der Bevölkerungsschutz, namentlich auch der Zivilschutz, oft unter seinem Wert verkauft.

Um hier Abhilfe zu schaffen, braucht es qualitativ gute Arbeit, es braucht aber auch eine gute Kommunikation. Es ist deshalb sehr zu begrüßen, wenn beispielsweise der SZSV sich intensiv um eine umfassende Kommunikation kümmert und Kommunikationsmittel wie das Internet nutzt. Nur wenn die Leistungen, das Instrumentarium sowie die „Telefonnummern“ bekannt sind, kann in einer Krisen- oder Notlage rasch reagiert werden – und damit können Menschenleben gerettet und Schäden vermieden werden. Nur wenn die realen Bedrohungen und Gefahren auch wirklich wahrgenommen werden, kann in der Bevölkerung die Leistungsbereitschaft zum Dienst an der Gemeinschaft hoch gehalten werden.

Vor diesem Hintergrund habe ich das Bundesamt für Bevölkerungsschutz vor kurzem in einem Referat dazu aufgefordert, dem Amt "ein Gesicht zu geben". Verschiedene Signale haben mir in der Zwischenzeit gezeigt, dass sich das BABS dabei auf einem guten Weg befindet. Aber nicht nur das BABS, auch die Kantone, auch Sie als Bevölkerungsschutz-Vertreter, das ganze System des Bevölkerungsschutzes ist hierbei gefordert!

"Dem Bevölkerungsschutz ein Gesicht geben": Wir müssen glücklicherweise nicht nur auf Katastrophen hoffen, um dieser Forderung nachkommen zu können. Eine gute und durchaus positive Gelegenheit wird sich uns bald schon im Rahmen der EURO 08 bieten: einer gerade für mein Departement mit seinen drei Bereichen einzigartigen Herausforderung! Es ist meine Absicht, auch mit den zivilen Mitteln des Departements einen wesentlichen Beitrag für ein erfolgreiches Gelingen dieser "Jahrzehnt-Veranstaltung" zu leisten.

Seitens des Bevölkerungsschutzes werden dessen verschiedene Säulen weit über das Tagesgeschäft hinaus und in ganz unterschiedlicher Weise betroffen sein. Im Vordergrund steht der Zivilschutz, der im Rahmen des Nationalen Sicherheitskonzeptes Schweiz für die UEFA EURO an vorderster Front eingesetzt und damit im Fokus der nationalen und internationalen Öffentlichkeit stehen wird. Als Chef VBS habe ich dafür rund 18'000 Einsatztage, mit einem Kostendach von Fr. 500'000, als Einsätze zu Gunsten der Gemeinschaft auf nationaler Ebene

bewilligt.

Nutzen Sie diese einmalige Chance, Ihre Einsätze und damit den ganzen Bevölkerungsschutz im besten Licht zu präsentieren!

Die Problematik der Gewährleistung der Sicherheit an der EURO 08 zeigt es: Die Ausrichtung auf die heute und morgen relevanten Gefahren und Bedrohungen ist ein ständiger, komplexer Prozess, der nur in enger Zusammenarbeit der verschiedenen Partner möglich ist.

Unsere Umwelt, namentlich das sicherheitspolitische Umfeld unseres Landes, befindet sich in einem steten Wandel. Mit der zunehmenden Globalisierung hat sich das Bedrohungs- und Gefahrenspektrum erweitert. Zwar scheint die Wahrscheinlichkeit einer militärischen Aggression gegen unser Land in absehbarer Zukunft gering. Unsere Welt ist deshalb aber keineswegs sicherer geworden!

Heute müssen wir uns zur Hauptsache vor Ereignissen wappnen, die unser Land unterhalb der Kriegsschwelle schwerwiegend treffen könnten. Damit nimmt die Verletzlichkeit der gesamten Gesellschaft weiter zu. Schwach geschützte (zivile) Ziele wie z.B. Kritische Infrastrukturen könnten plötzlich zu Angriffszielen werden. Terroristische Anschläge, ob mit oder ohne Massenvernichtungswaffen, können fatale Konsequenzen haben und zu tiefgreifender Verunsicherung oder Handlungsunfähigkeit der Behörden führen. Terrorismus ist nicht "rational", und wir können leider überhaupt nicht ausschliessen, dass beispielsweise Drittstaaten auch auf Schweizer Territorium angegriffen werden.

Ausfälle beeinträchtigen die heute sehr knapp bemessenen wirtschaftlichen Leistungskapazitäten in viel stärkerem Ausmass als noch vor wenigen Jahren. Das kann in unserem vernetzten und hochkomplexen System weit reichende und unmittelbar eintretende Folgen zeitigen.

Auf Seiten der Politik ist das Verständnis für diese Zusammenhänge leider nicht immer vorhanden. Auch Teile der Öffentlichkeit sind der Auffassung, man könne auf entsprechende Leistungen verzichten. Die Folge davon ist, dass die für unsere sicherheitspolitischen Instrumente wie Bevölkerungsschutz oder Armee dringend benötigten Ressourcen zunehmend in Frage gestellt werden.

Das ist umso bedauerlicher, als dass wir uns heute zusätzlich mit einer Art von Risiken und Bedrohungen konfrontiert sehen, welche von der Bevölkerung zu Recht als sehr real empfunden wird: Naturkatastrophen und flächendeckende Gesundheitsgefährdungen sind zu beklemmenden und realistischen Szenarien geworden. Weltweit verzeichnen wir eine steigende Zahl an grossen Naturkatastrophen. Aber auch in der Schweiz müssen wir gemäss Expertenberichten beispielsweise mit zunehmenden "Extrem-Überschwemmungen" rechnen.

Die Konsequenz all dieser Einschätzungen ist offensichtlich: Die Gewährleistung von Sicherheit wird komplexer und aufwändiger, die Abhängigkeiten nehmen zu. Diese Feststellung steht in Diskrepanz zur Tatsache, dass wir immer weniger Mittel für die Sicherheit zur Verfügung haben. Wie gehen wir mit dieser Situation um?

Wir brauchen einen gut funktionierenden, umfassenden Führungsverbund, und innerhalb dieses Verbundes muss der Bevölkerungsschutz eine wichtige Rolle spielen. Wir dürfen den Bevölkerungsschutz nicht umkrepeln! Es kommt ihm zugute, dass sein Aufgabengebiet weit über

das reine Bewältigen von Katastrophen oder Kriegsereignissen hinausgeht. Er ist vielleicht das entscheidende Rad im Zusammenspiel der verschiedenen sicherheitspolitischen Akteure. Und gerade diese Funktion müssen wir noch weiter stärken.

Ein ideales Gefäss dazu bildet das System der Nationalen Sicherheitskooperation NSK. Die NSK soll vernetzen und eine optimale Koordination aller sicherheits-politischen Instrumente gewährleisten:

Es geht dabei primär um die horizontale - sprich interdepartementale - Vernetzung und um die vertikale - sprich Bund-Kantone-Gemeinden umfassende - Vernetzung und Zusammenarbeit der Führungsorgane sowie der Rettungs- und Hilfsorganisationen.

Es geht weiter um die Regelung der Zuständigkeiten bezüglich Führung und Einsatz der Mittel des Bundes, der Kantone und weiterer Partner, namentlich bei überregionalen Grossereignissen.

Und schliesslich geht es um die Aufarbeitung und Beurteilung der sicherheitspolitisch relevanten Risiken und Gefährdungen der Schweiz und um die darauf basierenden Übungen.

Das Verbundsystem Bevölkerungsschutz ist ein Bestandteil der NSK, ganz wie auch die Armee, die Polizei oder die Grenzwaache. Verbesserungen müssen vor allem auf Stufe Bund angestrebt werden. Mein zentrales Anliegen ist es, die Bereitschaft zu verbessern. Leider erschweren die departementalen Strukturen oftmals Massnahmen, die eigentlich schon lange fällig wären. So gibt es auf Bundesebene noch immer Dutzende von Krisenstäben, die wir zumindest teilweise auf sinnvolle Art und Weise zusammenführen sollten. Deshalb werden wir seitens Bund prüfen, wie wir für die Kantone im Ereignisfall klarere Anlaufstellen schaffen können, und wie die Ressourcenverteilung besser zu koordinieren ist.

Meine Damen und Herren - unsere Herausforderungen für die Zukunft werden nicht geringer. Die sich uns stellenden Aufgaben sind komplex, teilweise kontrovers und mit Sicherheit nicht einfach zu lösen. Ich bin deshalb auch auf Ihre Kenntnisse und Fortbildung, Ihre Offenheit für Neues, ja ganz einfach auf Ihre Unterstützung für unsere gemeinsamen Anliegen angewiesen!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!